

QUEERAMNESTY

MENSCHENRECHTE . SEX . SEXUELLE ORIENTIERUNG . IDENTITÄT . GESCHLECHTSIDENTITÄT



IM WARTESAAL EUROPAS

LGBTI*-GEFLÜCHTETE IN
GRIECHENLAND

AMNESTY
INTERNATIONAL



EDITORIAL

ISLAM UND HOMOSEXUALITÄT – POSTULAT IN ZÜRICH – UPR – FLÜCHTLINGE IN GRIECHENLAND

Unser Schwerpunkt dieses Jahr liegt auf der schwierigen Situation von LGBTI* in islamischen Ländern. Wobei es durchaus da und dort Lichtblicke gibt, wie Serena Tolino berichtet. Die Islamwissenschaftlerin der Universität Hamburg hat sich intensiv mit dem Thema befasst und gibt uns in dieser Ausgabe ausführlich Auskunft, weshalb die einst relativ tolerante muslimische Welt heute vielerorts so LGBTI*-feindlich geworden ist.

Doch auch in der Schweiz gibt es noch Nachholbedarf bei den Menschenrechten. Wir fassen zusammen, was die Eidgenossenschaft letztes Jahr bei der «Universal Periodic Review» (UPR) von den anderen UNO-Mitgliedsstaat-

ten in Bezug auf ihre Menschenrechtssituation zu hören bekommen hat. Satte 251 Empfehlungen wurden ausgesprochen, darunter einiges in Bezug auf LGBTI*-Rechte. Ausgerechnet mit einem umfassenden Diskriminierungsschutz tut sich die Schweiz allerdings weiterhin schwer.

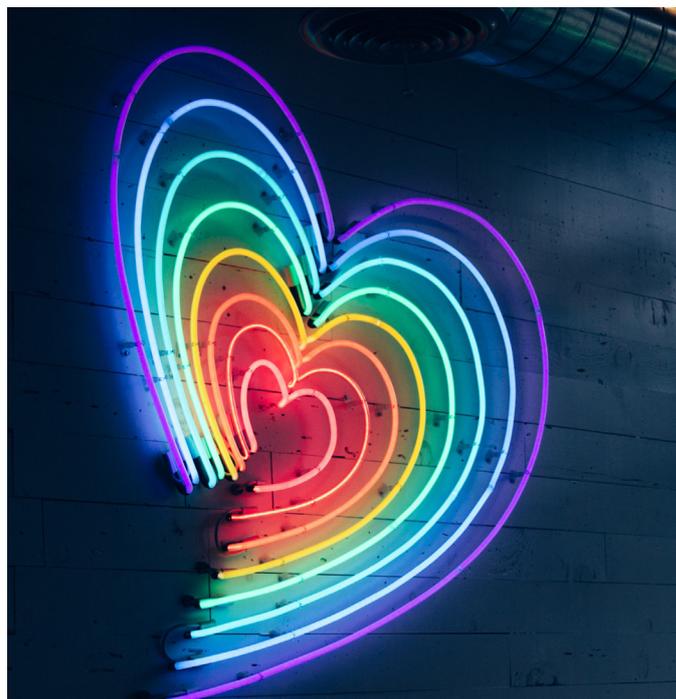
Erfreuliche Nachrichten gibt es dafür aus Zürich: Das Stadtparlament hat ein von Queeramnesty explizit unterstütztes SP-Postulat angenommen. Es verlangt, «dass LGBTGeflüchtete in angezeigten Fällen in separaten Asylunterkünften untergebracht werden können». Der Stadtrat hat nun bis November Zeit, diese Forderung umzusetzen.

Ende letzten Jahres hat Queeramnesty zudem ein Flüchtlingsprojekt in Griechenland finanziell unterstützt. Die Organisation «Eclipse» kümmert sich um LGBTI*-Flüchtlinge in Thessaloniki. Wir haben mit der Schweizer Koordinatorin Alex Aronsky gesprochen und geben in dieser Ausgabe einen Einblick in die Arbeit der Gruppe und die oft prekäre Lage der Geflüchteten. Dank eurer Spenden war es uns möglich, hier ganz direkt Hilfe zu leisten.

Wir wünschen euch einen guten Start in den Frühling!

Das Redaktionsteam
magazin@queeramnesty.ch

EDITORIAL	SEITE 2
INTERVIEW MIT SERENA TOLINO	SEITEN 3 - 6
FILM ORIENTED	SEITE 7
UPR	SEITEN 8 - 9
ECLIPSE	SEITEN 10 - 11
QUEERAMNESTY IN ZAHLEN	SEITE 12
AKTIVIST_INNEN STELLEN SICH VOR	SEITE 13
SICHERE UNTERKÜNFTE	SEITE 14
LGBTI*-EREIGNISSE	SEITE 15
PETITION ZU JAPAN	SEITE 16



IMPRESSUM

ERSCHEINUNGSDATUM: 20.03.2018 **AUFLAGE:** 1000 Stück **REDAKTION:** Antonia Jensen (aj), Ralf Kaminski (rk), Tobias Kuhnert (tk), Klaus Lerch (kl), Mona Moos (mm), Martin Schoch (mas), Thomas Vinzenz (vt), Lotte Wiesner (lw) **LAYOUT:** Tobias Mäder (ts) **BILDER:** Eclipse: Seite 1; Unsplash: Seite 2; Serena Tolino: Seite 3; Debora Gerber: Seiten 4, 6; Anne Patzos: Seite 11, Amnesty: Seite 16, Aleks Recher: Seite 8, Jake Witzendorf: Seite 7; Huytonthat: Seite 9 **HERAUSGEBERIN:** Amnesty International, Queeramnesty, Postfach, 3001 Bern, Schweiz **DRUCK:** Gesponsert von Prinix AG, Basel

POSTKONTO: 82-645780-9 **IBAN:** CH48 0900 0000 8264 5780 9 **BIC:** POFICHBEXXX
WWW.QUEERAMNESTY.CH **INFO@QUEERAMNESTY.CH** **FACEBOOK.COM/QUEERAMNESTY.CH** **TWITTER.COM/QUEERAMNESTY**

«ES GIBT DURCHAUS AUCH FORTSCHRITTE»

NACH VIELEN SCHLECHTEN NACHRICHTEN AUS DER MUSLIMISCHEN WELT, FOKUSSIERT QUEERAMNESTY DIESES JAHR AUF DAS THEMA ISLAM UND HOMOSEXUALITÄT. WIR HABEN UNS DESHALB MIT SERENA TOLINO UNTERHALTEN, JUNIORPROFESSORIN FÜR ISLAMWISSENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG, DIE EINE DOKTORARBEIT ÜBER DEN UMGANG MIT HOMOSEXUALITÄT IM ISLAMISCHEN RECHT VERFASST HAT.

2017 WAR EIN SCHWIERIGES JAHR FÜR SCHWULE IN DER ISLAMISCHEN WELT. ES GAB MEDIENBERICHTE VON FESTNAHMEN ODER GAR FOLTER IN TSCHETSCHENIEN, ASERBAIDSCHAN, ÄGYPTEN, INDONESIA, KUWAIT. VERSCHLECHTERT SICH DIE SITUATION FÜR LGBTI* TATSÄCHLICH SO DRASTISCH ODER ERHALTEN WIR NUR MEHR INFORMATIONEN ALS BISHER?

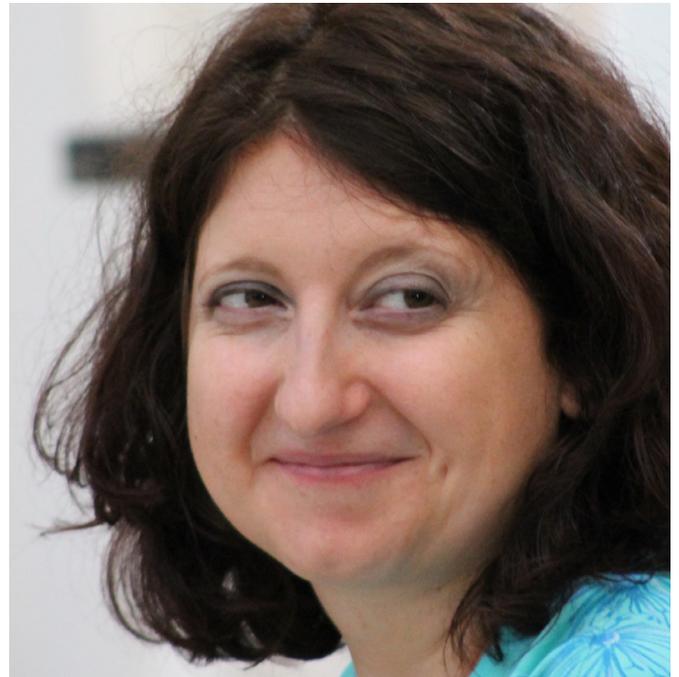
Beides, denke ich. Einerseits werden LGBTI* in der muslimischen Welt vermehrt sichtbar und fordern Anerkennung, was zu einem Backlash und starken Reaktionen der konservativen Kräfte in diesen Ländern führt. Andererseits werden wir über diese Themen tatsächlich besser informiert als früher. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass dabei auch ein klares politisches Interesse hineinspielt, die islamische Welt als rückständig zu präsentieren und als «das andere» im Vergleich zu uns. Was nichts wirklich Neues ist, eine typische Form von «Orientalismus», wie der Literaturtheoretiker Edward Said das nennt. Schon früher wurden Frauenrechte instrumentalisiert, um die Überlegenheit der westlichen Kultur zu behaupten – um Menschenrechte ging es dabei kaum. Wir müssen also auch in diesem Fall aufpassen, uns nicht instrumentalisieren zu lassen.

DENNOCH: IN DEN LETZTEN JAHREN GAB ES WELTWEIT GROSSE FORTSCHRITTE FÜR LGBTI*-MENSCHEN – AUSSER IN DER MUSLIMISCHEN WELT. WESHALB?

Mit dieser Einschätzung bin ich nicht einverstanden. Natürlich gibt es dort viele Probleme für LGBTI*, aber einfach zwischen dem islamischen Raum auf der einen und dem Rest der Welt auf der anderen Seite zu unterscheiden, ist eine unzulässige Vereinfachung. Russland ist nicht Teil der muslimischen Welt, und auch dort ist die Situation für LGBTI* alles andere als ideal.

DANN GAB ES FORTSCHRITTE FÜR LGBTI* IN ISLAMISCHEN LÄNDERN?

Natürlich, aber die Medien fokussieren darauf nicht, weil Vereinfachungen es leichter machen, die Geschichte vom angeblich fortschrittlichen Westen und der angeblich rückständigen islamischen Welt zu erzählen. Im Libanon etwa, wo 2004 mit «Helem» die erste LGBTI*-Organisation der arabischen Welt gegründet wurde, gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Gruppen, die für queere Rechte kämpfen. Und obwohl es auch im Libanon einen Gesetzesartikel gibt, der «Sex gegen die Natur» kriminalisiert, haben diverse Gerichte den Artikel so ausgelegt, dass er Homosexualität nicht miteinschließt. Es gibt also durchaus Fortschritte.



Die Italienerin Serena Tolino (34) ist seit 2016 Juniorprofessorin für Islamwissenschaft an der Universität Hamburg. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder (9 und 4) und lebt in Hamburg.

DIE AKZEPTANZ VON LGBTI* IST IN RELIGIÖSEN KREISEN GENERELL TIEFER ALS IM REST DER BEVÖLKERUNG. UND DIE MUSLIMISCHE WELT IST NOCH IMMER BESONDERS RELIGIÖS. IST DAS EIN HAUPTGRUND, WESHALB DORT DAS LEBEN FÜR LGBTI* SO SCHWIERIG IST ODER SEHEN SIE NOCH ANDERE FAKTOREN?

Generell ist es wenig erhellend, pauschal von einer «muslimischen Welt» zu sprechen. Wer genau ist denn damit gemeint? Auch in europäischen Ländern leben viele Muslim_innen, ist Europa also Teil der «muslimischen Welt»? Und selbst wenn man nur auf jene Länder fokussiert, in der die Mehrheit muslimisch ist, gibt es gewaltige Unterschiede zwischen Nationen wie Indonesien und Saudi Arabien – überall wird die Religion ganz anders gelebt, und auch dort gibt es Christen und gar Atheisten. Das alles in einen Topf zu werfen, ist genauso unsinnig, wie wenn wir die Situation von LGBTI* in Skandinavien und in den post-sowjetischen Staaten Osteuropas gemeinsam betrachten würden, nur weil beide zu Europa gehören. Wir müssen unbedingt differenzieren. Deshalb glaube ich auch nicht, dass die in vielen Ländern der muslimischen Welt wichtige Religiosität der



einzigste Grund ist, dass es so wenig Fortschritte für LGBTI* gibt. Religion ist ein Faktor, aber es gibt noch andere.

ZUM BEISPIEL?

Die noch immer sehr patriarchalen Vorstellungen über Geschlechter und sexuelle Beziehungen, die mangelnde Demokratisierung und zu wenige Ressourcen, um in das Bewusstsein über politische und zivile Rechte zu investieren. Ausserdem finden zu selten Generationenwechsel in der politischen und juristischen Elite statt. Jüngere Leute in Regierungen und an Gerichten hätten wohl mehr Verständnis für diese Themen.

WIRD DIE RELIGION VON POLITISCHEN FÜHRERN MANCHMAL AUCH NUR VORGESCHOBEN, UM IHRE INTERESSEN ZU VERFOLGEN? SICH ETWA ZU DISTANZIEREN VON DEN «SÜNDIGEN WESTLICHEN WERTEN»?

Ich kenne die Situation nicht in allen Ländern gleich gut, aber in Ägypten zum Beispiel ist das ganz klar ein Faktor. Der ägyptische Menschenrechtsaktivist Hossam Bahgat sagte schon 2001, dass Religion dort instrumentalisiert werde, um die Öffentlichkeit von der Wirtschaftskrise abzulenken, die das Land seit Jahren im Griff hat. Hinzu kommt, dass «Moral»-Kampagnen dazu dienen, dem Volk zu versichern, dass der Islam dem Regime weiterhin wichtig ist, speziell nach dem Abgang von Präsident Mursi und der Muslimbruderschaft 2013. Natürlich spielt auch der breit akzeptierte Konsens eine wichtige Rolle, wonach Homosexualität eine Perversion und eine Sünde gegenüber dem Islam ist.

DAS WAR ALLERDINGS NICHT IMMER SO. OFFENBAR WAREN ISLAMISCHE HERRSCHER UND GESELLSCHAFTEN ÜBER JAHRHUNDERTE ZIEMLICH

TOLERANT GEGENÜBER HOMOSEXUALITÄT, DEUTLICH MEHR ALS DIE CHRISTLICHE WELT. SO ENTSTAND ETWA ZWISCHEN 850 UND 1850 AUCH VIEL HOMOEROTISCHE LITERATUR.

Der Islamwissenschaftler Thomas Bauer nennt dies die «Kultur der Ambiguität» und hat darüber ein ganzes Buch geschrieben («Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams»). Laut Bauer gab es im prä-modernen Islam nicht einfach eine einzige Norm, sondern verschiedene, die friedlich nebeneinander koexistierten und innerhalb der Gesellschaft toleriert wurden. Auch zur Homoerotik gab es verschiedene Diskurse. Während homoerotische Praktiken aus rechtlicher Perspektive klar verboten waren, wurden sie in Literatur und Poesie vielfältig thematisiert. Das scheint ein Widerspruch zu sein, aber Literatur war eine Kategorie und Recht eine andere, und beide hatten ihre eigenen Regeln und Normen.

ÄUSSERT SICH DER KORAN IN IRGEND EINER FORM ZU HOMOSEXUALITÄT?

Überhaupt nicht. Wobei das noch nichts heisst, denn Homosexualität ist ein modernes Konzept. Doch der Koran erwähnt nicht mal homoerotische Praktiken explizit. Was allerdings muslimische Juristen nicht daran hindert zu behaupten, das Verbot homosexueller Akte stamme aus dem Koran. Dabei berufen sie sich vor allem auf die Geschichte des Propheten Lot, den es auch in der jüdisch-christlichen Tradition gibt. Die Geschichte im Koran ist ähnlich wie in der Bibel, aber nicht identisch: Gott schickte Lot zu seinem Volk, um es davor zu warnen, unerlaubte Taten zu vollbringen, darunter auch homosexuelle Praktiken – aber sie gehorchten ihm nicht, worauf Gottes Zorn sie traf. Wissenschaftler kamen jedoch zum Schluss, dass es bei der Aufnahme dieser Geschichte in den Koran nicht

«DER KORAN ERWÄHNT HOMOEROTISCHE PRAKTIKEN NICHT EXPLIZIT»

darum ging, Homosexualität zu kriminalisieren. Vielmehr wollte man die Bevölkerung warnen, dass jene, die dem Propheten nicht gehorchen, von Gott bestraft werden. Es ging darum, den neuen religiösen Gemeinschaften klarzumachen, dass sie dem Prophet Mohammed folgen sollten. Zudem verhielt Lots Volk sich auch anderweitig unangemessen, zum Beispiel behandelte man Reisende aggressiv, was als viel ernsteres Vergehen angesehen wurde als homosexuelle Praktiken. Der heutige Diskurs neigt jedoch dazu, auf die Homosexualität zu fokussieren, wie wenn das laut Koran der einzige Grund gewesen wäre, weshalb Lots Volk vernichtet wurde.

OFFENBAR GIBT ES IM KORAN SOGAR HINWEISE AUF SCHÖNE JUNGS, DIE IM PARADIES AUF DIE GLÄUBIGEN WARTEN?

Das ist tatsächlich so. Sie werden zum Beispiel erwähnt in den Suren LVI, 11-24; LII, 2 und LXXVI, 19. Der ägyptische Wissenschaftler Muhammad Jalal Kishk vermutet, dass sie eine Belohnung für jene Muslime sein sollen, die während ihres Lebens auf homoerotische Praktiken verzichtet haben.

VIELE DER HEUTIGEN HOMOPHOBEN GESETZE IN ISLAMISCHEN LÄNDERN GEHEN AUF DIE EUROPÄISCHE KOLONIALZEIT ZURÜCK. KANN MAN SAGEN, DASS DIE AKTUELLE INTOLERANZ ALSO LETZTLICH IHRE WURZELN IN DEN CHRISTLICHEN ANSICHTEN HAT, DIE DIESEN NATIONEN DAMALS QUASI ÜBERGESTÜLT WURDEN?

Gewisse koloniale Gesetze sind sicherlich ein Teil des Problems, speziell in jenen Ländern, die dem britischen Gesetz unterstanden. Aber wir können nicht einfach den Christen die Schuld geben für das, was die britischen und französischen Kolonialregierungen getan haben. Zudem werden LGBTI* auch in Ländern kriminalisiert, die das Islamische Gesetz anwenden wie Saudi Arabien oder Iran.

WIE ALSO KOMMEN WIR VON DER «KULTUR DER AMBIGUITÄT» ZU JENER DER HEUTIGEN ISLAMISCHEN HARDLINER? DIESE BERUFEN SICH BEI IHRER HOMOPHOBIE AUF DIE TRADITION, WAS JA OFFENSICHTLICH NICHT DER REALITÄT ENTSPRICHT.

Religion dient verschiedenen Zwecken und ist letztlich eine Frage der persönlichen Interpretation. Es gibt nichts spezifisch «Islamisches» an der Homophobie, auf der anderen Seite ist der Islam auch nicht speziell LGBTI*-freundlich. Das klassische islamische Gesetz hat homoerotische Praktiken immer strikt verboten, andere Bereiche in der muslimischen Welt waren toleranter. Letztlich jedoch kann jeder und jede im Islam, wie in jeder Religion, das finden, was er oder sie möchte. Am Ende zählt nicht so sehr der Geist einer Religion, sondern wie dieser interpretiert wird – und das ist von Mensch zu Mensch verschieden.

IST ES AUCH DAS KONZEPT DER SEXUELLEN ORIENTIERUNG, DAS DIESE PROBLEME MITVERURSACHT? ZÄRTLICHKEITEN UND SEX ZWISCHEN MÄNNERN ODER FRAUEN WÄREN TOLERABEL, ABER SICH ALS LGBTI* ZU BEZEICHNEN UND JEDE SEXUELLE ORIENTIERUNG ALS GLEICHWERTIG ZUR HETEROSEXUELLEN NORM ZU ERKLÄREN, GEHT DANN EINFACH ZU WEIT?

Das spielt ganz sicher eine Rolle. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier von zutiefst patriarchalen Gesellschaften sprechen – jeder Versuch, die Normen herauszufordern oder anzuzweifeln, löst heftige Opposition aus. Das gilt genauso für Frauenrechte und Rechte zur selbstbestimmten Fortpflanzung.

ES WAR JA VOR ALLEM DER FURCHTBARE UMGANG MIT SCHWULEN IN DEN SCHLAGEZEILEN. WIE ERGEHT ES LESBEN, BISEXUELLEN, TRANS* UND INTER*?

Das lässt sich nur schwer generalisieren. Betrachtet man die Situation rein aus rechtlicher Perspektive, so ist sie für alle gleichermassen schwierig. In der sozialen Realität hingegen gibt es schon einen gewissen Spielraum. Lesben werden ausserdem in vielen Ländern nicht explizit kriminalisiert, in anderen wie im Iran oder in Oman allerdings schon. Doch auch wenn es keine speziellen Gesetze gegen LGBTI* gibt (wie in Jordanien, Bahrain, Irak, Türkei, Zypern oder Israel), heisst das nicht, dass ihre Rechte dort geschützt werden oder Antidiskriminierungs-Gesetze existieren.

Die Lage für Inter* ist zumindest in der Theorie gar nicht so schlecht. Sie werden von modernen muslimischen Juristen mit den vormodernen «Hermaphroditen» verglichen, die schon seit Jahrhunderten in der islamischen Gesetzgebung berücksichtigt sind. Entsprechende Operationen für Inter* sind in einigen muslimischen Ländern erlaubt, inklusive Dokumente, welche die Geschlechtsanpassung offiziell machen. Iran führt solche Operationen für Inter* und Trans* gar weltweit am zweithäufigsten aus. In Ägypten hingegen ist die Lage komplizierter, es braucht die Genehmigung eines speziellen Komitees, das seit Monaten blockiert ist, weil die al-Azhar-Moschee dort zwingend teilnehmen müsste, dies jedoch seit einiger Zeit nicht mehr tut.

Für Trans* ist die Situation schwieriger, weil viele muslimische Juristen sie als Menschen sehen, die ihr Geschlecht wechseln möchten – ein Wunsch also, keine Notwendigkeit. Da sie dies als Eingriff in Gottes Plan sehen, verweigern dies die meisten, ausser eben im Iran, wo man Trans* als eine Form von psychologischem Hermaphroditismus sieht.

MIT DEN IMMIGRANT_INNEN AUS ISLAMISCHEN LÄNDERN WANDERT ZU EINEM GEWISSEN GRAD AUCH DEREN POTENZIELLE HOMOPHOBIE EIN. WAS KÖNNEN WIR TUN, UM DIE EINSTELLUNG VON EINWANDERERN GEGENÜBER LGBTI* ZU ENTSPANNEN?

«WENIGER AUTORITÄRE UND PATRIARCHALE STRUKTUREN IN DIESEN STAATEN WÄREN HILFREICH.»

Diese Themen offen diskutieren. Meist kümmern wir uns nur darum, dass sie die Sprache lernen. Genauso wichtig wäre es, ihnen bewusst zu machen, in welche Art von Kultur sie eingewandert sind. Nur durch gegenseitiges Wissen kann Misstrauen und Gleichgültigkeit abgebaut werden. Die Kinder dieser Einwanderer hingegen sollten diese Werte und Informationen durch unser Schulsystem vermittelt bekommen.

WAS BRAUCHT ES, DAMIT EIN POSITIVER WANDEL FÜR LGBTI* IN DER MUSLIMISCHEN WELT MÖGLICH WIRD?

Weniger autoritäre und patriarchale Strukturen in diesen Staaten wären sicherlich hilfreich. Mehr Demokratie und Offenheit in den Entscheidungsprozessen wären ein guter Start auf diesem Weg.

IM WESTEN HAT DIESER WEG LANGE GEDAURT, IN ISLAMISCHEN LÄNDERN DÜRFTE DAS NICHT ANDERS SEIN.

Das ist so. Generell benötigt sozialer Wandel Zeit, gerade wenn es um sexuelle Normen und Geschlechterbeziehungen geht. LGBTI*-Rechte in der muslimischen Welt sind da keine Ausnahme.

SEHEN SIE ENTWICKLUNGEN, DIE IHNEN HOFFNUNG GEBEN AUF EINE ENTWICKLUNG IN DIE RICHTIGE RICHTUNG?

Ja. Als 2001 in Kairo 52 Männer in einem schwimmenden Nachtclub namens Queen Boat verhaftet wurden, stand die öffentliche Meinung klar auf Seiten der Polizei und der Anklage. Das war nicht mehr so einhellig der Fall, als 2016 bei einer Polizeirazzia in einem öffentlichen Bad 25 Männer verhaftet worden sind, gefilmt durch einen Privatsender. Deutlich mehr Menschen äusserten öffentlich ihre Unterstützung für die Verhafteten. Auch im Libanon gibt es Hoffnungsschimmer: Die Gay Pride, die im Mai 2017 stattfand, zeigt, dass LGBTI*-Menschen immer sichtbar werden. Im jordanischen Amman begeht die queere Gemeinschaft seit 2014 den Internationalen Tag gegen

Homophobie, Transphobie und Biphobie, und es gibt mittlerweile eine Reihe von gay-friendly Lokalen. Bereits seit 2007 wird in Jordanien das LGBTI*-Magazin «My.Kaly» publiziert, benannt nach dem offen schwulen jordanischen Model Khaled. Die Dinge sind also durchaus in Bewegung. Wenn wir lokalen Aktivist_innen Raum und Unterstützung geben, wird das auch so weiter gehen.

WAS KANN EINE ORGANISATION WIE QUEERAMNESTY TUN, UM DIE SITUATION POSITIV ZU BEEINFLUSSEN?

Es besteht immer das Risiko, den Eindruck zu hinterlassen, eine politische und «westliche» Agenda zu verfolgen. Will man das vermeiden, kann man nur eins tun: Mit den lokalen Aktivist_innen sprechen, sie fragen, was ihre Bedürfnisse sind und mit welchen Strategien man am besten helfen kann.

WESHALB INTERESSIEREN SIE SICH IN IHRER FORSCHUNG FÜR DIESES THEMA?

Einerseits interessiere ich mich sehr für das Recht, auch durch den Einfluss meines Professors für Islamisches Recht, der leider letzten Sommer verstorben ist. Andererseits war ich selbst für einige Zeit bei Amnesty International aktiv und damals auch beim ägyptischen Fall um das Queen Boat involviert. So stiess ich auf das Thema und sah darin eine gute Möglichkeit, mein Interesse für das Rechtssystem in islamischen Ländern mit meinem Interesse als Aktivistin für die Gleichberechtigung der Geschlechter und LGBTI*-Rechte zu kombinieren.

WAS HAT SIE BEI IHREN STUDIEN ZU DIESEN THEMEN AM MEISTEN ÜBERRASCHT?

Wie komplex und vielfältig die Lage in den verschiedenen Ländern ist. Und dass der historische Kontext absolut entscheidend ist, um die Entwicklung der rechtlichen Situation zu verstehen.

(rk)





SCHWULE ARABER IN TEL AVIV

DER NETFLIX-DOKFILM «ORIENTED» ERZÄHLT VON DEN HERAUSFORDERUNGEN, IM NAHEN OSTEN EIN SCHWULES LEBEN ZU FÜHREN – UMSO MEHR, WENN MAN EIN PALÄSTINENSER IN ISRAEL IST.

«We're Palestines, we are queer and we are here!» So bringt es einer der Protagonisten in «Oriented» (2016) auf den Punkt. Im Zentrum des Dokfilms stehen drei junge schwule israelische Araber auf der Suche nach einer Identität, nach Orientierung – darauf spielt der Titel an: Orient und Orientierung. Die Gruppe beschliesst, in Form eines Filmes einen Beitrag zu leisten gegen die latenten homophoben Einstellungen der arabischen Gesellschaft (siehe auch Interview ab Seite 3).

Khader Abu Seif, Fadi Daeem und Naeem Jiryeshé gründen «Qambuta» Production und drehen einen ersten Videoclip zu Liebe, die sich versteckt oder zwangsverheiratet wird, zu einem non-binären Genderbewusstsein. Durch den Clip wird der britische Filmemacher Jake Witzenfeld auf die drei aufmerksam – und was aus der Zusammenarbeit des britischen Juden und der drei israelischen Araber entstand, zeigt, wie verletzlich es machen kann, anders zu sein und sich verstecken zu müssen in Tel Aviv, der Stadt, die als LGBT*-Paradies des Nahen Ostens gilt. «Jüdische schwule Jungs kommen in Scharen zu unseren Partys, aber sie schauen uns an, als wären wir ein Zoo. Und wenn sie mit einem Araber ausgehen, haben sie die Erwartung, dass er maskuliner und gut im Bett sein müsse» sagt Fadi, der kategorisch ausschliesst, jemals einen Juden zu daten.

Ausserhalb der liberalen Städte, in den Dörfern, wo die drei ihre Familien zurückgelassen haben, können sie nicht als die leben, die sie sind. Nachdem Naeems Eltern ihn ständig mit Hochzeitsplänen belagert haben, konfrontiert er sie mit der Unerfüllbarkeit ihrer Erwartungen an seine Lebenspläne. Er schreibt ihnen einen Brief, weil er sie nicht mehr anlügen will. Obwohl er grosse Angst vor ihrer Reaktion hat, geht er anschliessend mit seinen Freunden zu den Eltern und hinterlässt in seinem Zimmer den Brief. Witzenfeld und seine Crew begleiten Naeem während dieses Comingt-outs, ein Schritt, der den erwachsenen Mann viel Mut kostet.

Später begleiten die Freunde Fadi zu seinen Eltern, die ihn in gewisser Weise zu verstehen scheinen, ihm sogar den Rücken freigehalten haben. Alle sind sie berührt davon, wie vergleichsweise einfach es ihm in seinem Elternhaus gefallen ist, eine Identität zu finden, für die er keine Scham empfinden muss. Khader trifft es sehr zu erleben, wie bedingungslos Fadi von seinen Eltern geliebt wird.

Dass dieser grossgewachsene schwule Araber, für den sein politisches Selbstverständnis zentral ist, spätestens dann in eine Krise gerät, als er sich in einen jüdischen Mann verliebt, kommt nicht überraschend. «Wie kann ich jemanden lieben, der nicht findet, dass meinem Volk eine Katastrophe zugestossen ist?», fragte er und sorgt sich, er werde zu einem Heuchler. Seine Freundin argumentiert, das Leben sei nicht nur Ideologie. «Wenn Ben dich zufrieden stellt, als Mann, als Schwuler, wenn er jemand ist, der dich liebt, der dich wertschätzt, der dich respektiert... Wieso nicht?»

Schliesslich finden sich die Freunde an der Pride in Berlin wieder. Mit der Distanz zur Heimat wächst auch das Befremden über die dort herrschende Politik des Hasses. «Plötzlich merke ich, dass es ausserhalb dieses Ghettos noch ein Leben gibt», sagt Khader. Doch wenn die eigene Identität brüchig ist, weil Selbstverständliches hinterfragt werden muss, das Anders-Sein immer wieder ein Befremden vor der eigenen Gesellschaft birgt – was kann dann Orientierung bieten?

Letztlich bleibt ein einfacher Wunsch: Ein normales Leben führen als Mensch. Und ein Fazit: Du kannst Aktivist sein, aber schlussendlich ändert sich doch nichts. Ob das stimmt? Auf jeden Fall bietet «Oriented» nicht nur einen erhellenden Einblick in eine ganz andere queere Welt, es gelingt dem Film auch immer wieder, emotional zu berühren, nicht zuletzt dank der Musik, die wie die Jungs auch frech, lebendig und zugleich sentimental ist.

(aj)

«Oriented» kann auf Netflix Schweiz gestreamt werden.

SCHWEIZ LEHNT EMPFEHLUNGEN AUS UN-STAATEN GROSSTEILS AB

LGBTI*-RECHTE SIND IN DER SCHWEIZ NOCH LANGE NICHT AUSREICHEND GESCHÜTZT. DIES ZEIGEN NICHT ZULETZT DIE VIELEN OPTIMIERUNGSVORSCHLÄGE, DIE DIE EIDGENOSSENSCHAFT IN DER JÜNGSTEN «UNIVERSAL PERIODIC REVIEW» (UPR) DES UNO-MENSCHENRECHTSRATES ERHALTEN HAT. DIE REAKTION DER SCHWEIZ IST DURCHWACHSEN.

Im Rahmen der UPR geben sich die UNO-Mitgliedsstaaten gegenseitig Empfehlungen, wie sie bestehende Menschenrechts-Defizite beseitigen können (Details zu diesem Verfahren siehe Infobox Seite 9). Die Schweiz war 2017 zum dritten Mal Gegenstand dieses Prozesses und erhielt am 9. November 2017 nicht weniger als 251 Empfehlungen von 111 Staaten – darunter auch etliche, die den Schutz von LGBTI*-Rechten betreffen.

NGOS ZEIGTEN HANDLUNGSBEDARF AUF

Handlungsbedarf haben mehrere schweizerische NGOs aufgezeigt, die mit sogenannten Schattenberichten am UPR-Verfahren teilgenommen haben – unter anderen Sexuelle Gesundheit Schweiz, Sexual Rights Initiative (SRI), humanrights.ch, Amnesty International (AI) und Transgender Network Switzerland (TGNS). Darüber hinaus steuerte auch die Informationsplattform humanrights.ch einen Shadow-Report bei.

Sexuelle Gesundheit Schweiz und SRI kritisierten vor allem, dass in der Schweiz nach wie vor kein umfassender gesetzlicher Diskriminierungsschutz für LGBTI*-Menschen besteht – obwohl entsprechende Empfehlungen bereits in der UPR im Jahr 2014 ausgesprochen wurden. In der UPR 2017 scheinen denn auch diesbezügliche Punkte mehrfach erneut auf.

Amnesty International forderte unter anderem die Anerkennung von Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität als Asylgrund – ein Anliegen, das im finalen UPR-Bericht von keinem Land aufgegriffen wurde.

EIN WICHTIGER SCHRITT

TGNS fand mehrere Punkte aus seinem Schattenreport in den Empfehlungen der Länder wieder. Alecs Recher, Leiter der Rechtsberatung bei TGNS, freut sich über dieses



Alecs Recher
Leiter der Rechtsberatung bei
TGNS

Echo: «Dass es so viele unserer Anliegen in den offiziellen Bericht geschafft haben, ist ein wichtiger Schritt.» Und auch dass etwa die Empfehlung, die Behörden zum Thema Geschlechtsidentität besser zu schulen, von der Schweiz sofort angenommen wurde, ist für Recher ein grosser Erfolg: «Zum Beispiel bei der Polizei oder an den Gerichten haben viele keine Ahnung, was Trans*-Menschen überhaupt sind, und deshalb ist für diese auch der Zugang zum Recht erschwert.»

Doch insgesamt fällt die Reaktion der Schweiz durchwachsen aus: Zwar wurden 121 von den insgesamt 251 Empfehlungen sofort angenommen – aber auch 67 postwendend abgelehnt. 63 Punkte blieben zunächst offen. Über sie entschied der Bundesrat erst am 21. Februar nach Konsultationen mit den zuständigen Kantonen, Bundesstellen und NGOs. Wobei der Kontakt der offiziellen Schweiz mit den Menschenrechtsorganisationen durchaus intensiver sein könnte, wie Alecs Recher von TGNS anmerkt: «Man kommt selten aktiv auf uns zu und spricht viel zu wenig mit den direkt Betroffenen.»

NUR 5 VON 13 LGBTI*-ANLIEGEN ANGENOMMEN

Die Schlussbilanz: 160, also rund zwei Drittel aller UPR-Empfehlungen nahm der Schweizer Bundesrat an, 61 lehnte er ab. Fast umgekehrt sieht das Verhältnis jedoch bei den LGBTI*-relevanten Themen aus: Von 13 Anliegen wurden nur 5 angenommen, wobei ähnliche Empfehlungen aus mehreren Ländern nur einmal gezählt wurden – andernfalls sähe die Relation sogar noch schlechter aus (Details siehe Info-Box).

(kl)

SOFORT ANGENOMMEN:

AUS ISRAEL: Training für Sicherheitskräfte, Strafverfolger, Richter und Sozialarbeiter anbieten, um Diskriminierung wegen sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu verhindern.

AUS KOLUMBIEN: Anstrengungen in allen Kantonen verstärken, um Diskriminierung wegen Rasse, Herkunft, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu vermeiden.

AUS SCHWEDEN: Sterilisationszwang als Voraussetzung für eine Änderung des amtlichen Geschlechts aufheben (...).

NACH KONSULTATIONEN ANGENOMMEN:

AUS ISRAEL: Bewusstseinsbildende Kampagnen fördern, die Diskriminierung und Mobbing wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität verhindern (...).

Aus Deutschland: Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare beenden, insbesondere indem Ehe und Adoption von Kindern ermöglicht werden.

SOFORT ABGELEHNT:

AUS SIERRA LEONE, Frankreich, Bolivien: Umfassende Anti-Diskriminierungsgesetze beschliessen (...).

AUS IRLAND: Landesweit einheitliche Gesetze beschliessen, die ausdrücklich LGBTI*-Personen vor Diskriminierung schützen (...).

AUS GRIECHENLAND: Gleichstellungsgesetz beschliessen, mit besonderer Berücksichtigung von Interessen von LGBTI*-Minderheiten, Menschen mit Behinderung, Frauen und anderen schutzbedürftigen Gruppen.

AUS HONDURAS: Politische Massnahmen und Aktionsplan umsetzen, um Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI*-Personen zu bekämpfen; LGBTI* [als Kategorie] in die nationale Selbstmordstatistik aufnehmen.

AUS SLOWENIEN: Erhebungen des Bundesamtes für Statistik anpassen, um Trans*-Menschen einzuschliessen und die Erkenntnisse daraus für den nächsten UPR-Zyklus auszuwerten.

NACH KONSULTATIONEN ABGELEHNT:

AUS AUSTRALIEN: Gesetzliches Verbot der Diskriminierung wegen Geschlechtsidentität oder Intersex-Status einführen.

AUS DEN NIEDERLANDEN: Gemeinsam mit den LGBTI*-Organisationen einen nationalen Aktionsplan für alle Ebenen des Staates entwickeln und umsetzen, um die Wahrnehmung der LGBTI*-Community sowie das Wissen über sie zu verbessern.

AUS PORTUGAL UND SÜDAFRIKA: Menschenrechtstrainings etwa für nationale und kantonale Behörden schaffen, um die Rechte von Trans*-Menschen zu schützen.



WAS IST DIE UPR?

Die UPR (Universal Periodic Review bzw. Universelle periodische Überprüfung) ist ein Mechanismus des UNO-Menschenrechtsrates. Dabei wird die Menschenrechtssituation in allen 193 UNO-Mitgliedsstaaten begutachtet, wobei jeder Staat etwa alle vier Jahre an die Reihe kommt. Die Schweiz wurde 2017 zum dritten Mal überprüft.

Die UPRs erfolgen im Peer-Verfahren: Jeder Staat hat das Recht, gegenüber jedem anderen Staat Empfehlungen auszusprechen. Die überprüften Staaten können diese Empfehlungen entweder annehmen oder ablehnen.

Als Basis für die Review dienen drei Quellen: erstens ein Bericht, den der betreffende Staat selbst verfasst, zweitens Feedbacks verschiedener UNO-Organe und drittens Reports weiterer «interessierter Akteure», beispielsweise nationaler Menschenrechtsgruppen und anderer NGOs.

Höhepunkt des UPR-Verfahrens ist jeweils ein dreistündiger Dialog zwischen Vertretern des betreffenden Staates und der UPR-Arbeitsgruppe, in der Delegierte der 47 Menschenrechtsrats-Mitgliedsstaaten sitzen. Der Dialog mit der Schweizer Delegation, geleitet von Pascale Baeriswyl (Staatssekretärin im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten), fand am 9. November 2017 im Palais des Nation in Genf statt.

LGBTI*-FLÜCHTLINGE IM WARTESAAL EUROPAS

«ECLIPSE» IST EINE UNABHÄNGIGE ORGANISATION, DIE SICH UM LGBTI*-FLÜCHTLINGE IN DER GRIECHISCHEN STADT THESSALONIKI KÜMMERT UND SIE SOWOHL MATERIELL ALS AUCH SOZIAL UNTERSTÜTZT. QUEERAMNESTY HAT MIT DER «ECLIPSE»-KOORDINATORIN ALEX ARONSKY GESPROCHEN.

Im Mai 2016 reiste die St. Moritzerin Alex Aronsky nach Griechenland ins Flüchtlingslager Idomeni, mit dem Ziel, sich dort für einen Monat als freiwillige Helferin zu engagieren. Aus einem Monat sind mittlerweile anderthalb Jahre geworden. Denn in Thessaloniki traf sie auf eine spanische LGBTI*-Aktivistin, die zwei Flüchtlinge beherbergte, eine pakistanische Transfrau und einen jungen schwulen Syrer. Das Bewusstwerden über die schwierige Situation dieser beiden Flüchtlinge liess sie Ausschau nach weiteren queeren Menschen in Not halten.

Aus diesen Anfängen entwickelte sich mittlerweile eine Gruppe von zirka dreissig LGBTI*-Flüchtlingen, die sich einmal pro Woche treffen, um sich gegenseitig zu unterstützen und Anschluss an die lokale LGBTI*-Community zu finden. Rund um diesen wöchentlichen Treff hat sich die Organisation «Eclipse» gebildet, deren Mitglieder sich tagtäglich für die Belange der Flüchtlinge einsetzen und zahlreiche Hilfeleistungen anbieten.

Nebst freiwilligen Helfer_innen aus der LGBTI*-Community arbeiten derzeit zwei Koordinatorinnen nahezu Vollzeit für das Projekt. Diese erhalten von «Eclipse» nach Bedarf eine minimale finanzielle Unterstützung, damit sie ihre eigenen Lebensunterhalt einigermaßen bestreiten können.

Die Arbeit wird dadurch erschwert, dass die Gruppe sehr auf Anonymität bedacht sein muss. Vor allem weil viele Betroffene grosse Angst haben, vor anderen Flüchtlingen geoutet zu werden. Und auch wenn Griechenland mittlerweile eine grosse LGBTI*-Community hat, ist die gesellschaftliche Liberalisierung diesbezüglich noch in den Anfängen. Übergriffe auf LGBTI*-Menschen sind an der Tagesordnung, ja sogar polizeiliche Gewalt bis hin zur Vergewaltigung, insbesondere von transidenten Menschen, sind protokolliert. Anzeigen bei Übergriffen werden von der Polizei oft kaum verfolgt.

Einer der Schwerpunkte von «Eclipse» ist die Hilfe bei der Suche nach Unterkünften. Noch immer leben zahlreiche Flüchtlinge in Auffanglagern oder gar auf der Strasse. Wichtig dabei ist, dass LGBTI*-Flüchtlinge überhaupt die Gelegenheit haben, sich als solche zu outen und «Eclipse» sie dann ans UNHCR und NGOs weiterleiten kann, damit ihrer besonderen Verletzlichkeit bei der Platzierung in Wohnungen Rechnung getragen wird. Die Organisation

selbst kann im Moment fünf Leuten eine solche Wohngelegenheit bieten; Ziel ist es ganz klar, die Zahl solcher Plätze zu erhöhen.

Mit 150 Euro staatlicher Unterstützung, die Flüchtlinge in Griechenland pro Monat erhalten, ist der Lebensunterhalt kaum zu bewältigen, da die Lebenskosten in griechischen Städten sehr hoch sind. «Eclipse» ergänzt Grundbedürfnisse durch Abgabe von frischem Gemüse, weiteren Lebensmitteln sowie einigen anderen Dingen des täglichen Bedarfs. Ganz besonders auf solche Hilfe angewiesen sind Flüchtlinge, die einen negativen Asylentscheid erhalten haben, sich aber immer noch im Land aufhalten.

Nebst Unterkunft und materieller Hilfe leistet die Gruppe unzählige weitere Hilfestellungen, vor allem bei der Vermittlung an andere Stellen, etwa für medizinische und rechtliche Hilfe oder psychologische Unterstützung und Ausbildung. Bei den wöchentlichen Treffs sowie im direkten Kontakt mit LGBTI*-Helfer_innen müssen sich die Betroffenen auch klar werden, was ihre persönliche Situation ist, denn zuvor auf der Flucht und in den Lagern ging es nur ums nackte Überleben. Oft wissen sie nicht einmal, dass sie sich nun in einem Land befinden, in dem queere Lebensformen nicht vom Staat her verfolgt werden. Ebenso haben sie zum ersten Mal Gelegenheit, mit anderen Menschen über ihre eigene sexuelle Orientierung und ihre Geschlechtsidentität zu sprechen.

DER TRAUM ENDET IN GRIECHENLAND

Viele müssen die bittere Pille schlucken, dass ihr Traum, ein mitteleuropäisches Land zu erreichen, wahrscheinlich hier in Griechenland endet. Die Balkanroute ist zu und der Weg übers Mittelmeer kaum mehr zu bewältigen. Alex Aronsky spricht deshalb von Griechenland als «Wartesaal Europas».

Trotzdem sind einige nicht von ihrem Vorhaben abzuhalten und versuchen unter grösster Lebensgefahr, ihr Zielland zu erreichen. Gelingt ihnen dieses Vorhaben, so vermittelt «Eclipse» sie an Organisationen im entsprechenden Land. Denen, die zurückbleiben, muss gleichzeitig bewusst gemacht werden, dass es auf lange Sicht kaum eine Weiterreise nach Mitteleuropa gibt und sie sich deshalb in Griechenland integrieren müssen. Primär heisst das, die Sprache zu lernen – was in vielen Fällen ein grosses Problem ist, denn in den regulär angebotenen Kursen besteht wiederum Gefahr, auf Grund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität angefeindet zu werden. Deshalb bietet «Eclipse» auch selbst Sprachkurse in kleinen Gruppen an.



Es ist zu befürchten, dass die LGBTI*-Flüchtlinge, die in Griechenland festsitzen, auf lange Sicht mit massiven Problemen konfrontiert sein werden. Auch im besten Fall, nämlich wenn Griechenland ihren Flüchtlingsstatus anerkennt, verlieren sie innerhalb von einigen Monaten das Recht, in einer Flüchtlingsunterkunft zu wohnen. Selber eine Wohngelegenheit zu finden und Einkommen zu generieren, ist in Griechenland schon für einheimische junge Menschen ein kaum lösbares Problem; für Flüchtlinge ist es schlichtweg ein Ding der Unmöglichkeit. Das heisst, sie werden weiterhin auf Hilfe angewiesen sein. Viel schlimmer wird die Situation noch, wenn keine Anerkennung erfolgt und sie zwangsläufig illegalisiert im Land bleiben müssen, da sich ja kaum Lösungen anbieten, einen neuen Aufenthaltsort zu finden.

«Eclipse» kann diesen Menschen nur helfen, wenn sie ihrerseits unterstützt wird – und zwar in erster Linie materiell und finanziell. Queeramnesty Schweiz hat die Organisation deshalb im Dezember 2017 mit einem Direktbeitrag unterstützt und wünscht der Gruppe gutes Gelingen für ihre immensen Herausforderungen.

(mas)

WEITERGEHENDE INFORMATIONEN ZU ECLIPSE:

<https://www.facebook.com/eclipsethessaloniki>
(eine eigene Homepage ist erst im Aufbau)

SPENDEN:

IBAN: CH05 0077 4000 0145 9120 4; Graubündner Kantonalbank
(Vermerk: Eclipse) oder über PayPal: <https://www.paypal.me/EclipseAIKusuf>

Natasha aus Pakistan gehört zu den ersten LGBTI, denen «Eclipse» geholfen hat.*

QUEERAMNESTY IN ZAHLEN

BEI QUEERAMNESTY ARBEITEN ALLE AKTIVIST_INNEN EHRENAMTLICH. INSGESAMT LEISTEN ZIRKA 50 AKTIVE MITGLIEDER ÜBER 10'000 EHRENAMTLICHE STUNDEN. DIE EINNAHMEN UNSERER MITGLIEDER UND SPENDER_INNEN FLIESSEN DAHER VOLLUMFÄNGLICH IN KONKRETE KAMPAGNEN, KOOPERATIONSPROJEKTE UND DIREKTE HILFE. NUR 5% DER AUSGABEN SIND VERWALTUNGSaufWAND.

DIREKTE HILFE

Die Hälfte unserer Ausgaben wird für direkte Hilfe für LGBTI*-Geflüchtete verwendet. 30 Asylsuchenden bieten wir eine soziale Begleitung an, Hilfestellung mit Behörden und Institutionen und vernetzen sie innerhalb der Community. Fahrkarten und Abos für die Geflüchteten machen hier den grössten Teil der Kosten aus.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Für eigene Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit haben wir ungefähr 30% unserer Mittel ausgegeben. Mit Kampagnen sensibilisieren wir die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger_innen für die Menschenrechtssituation von LGBTI* – nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit. Wir nehmen an Prides und Konferenzen im In- und Ausland teil, wir organisieren Veranstaltungen, lancieren Petitionen und publizieren Berichte, Broschüren und Magazine (on- und offline). Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen 2016 und 2017 auf der Bekämpfung von Hassverbrechen und der Verbesserung der Unterbringung von LGBTI*-Asylsuchenden in der Schweiz. Die Kosten setzen sich unter anderem aus Aktionsmaterial-, Versand-, Miet- und Reisekosten zusammen.

KOOPERATIONEN

Andere Projekte im Amnesty-Netzwerk und lokale Kooperationspartner haben wir mit 15% unserer Ausgaben unterstützt. 2017 floss Geld an mehrere Projekte aus Griechenland: «Eclipse – Support for LGBTI+ and Queer Refugees» (eine Freiwilligen-Gruppe in Thessaloniki, siehe Seite 10) und «LGBTQI+ Refugees in Greece» (eine Aktionsgruppe in Athen).

EINNAHMEN

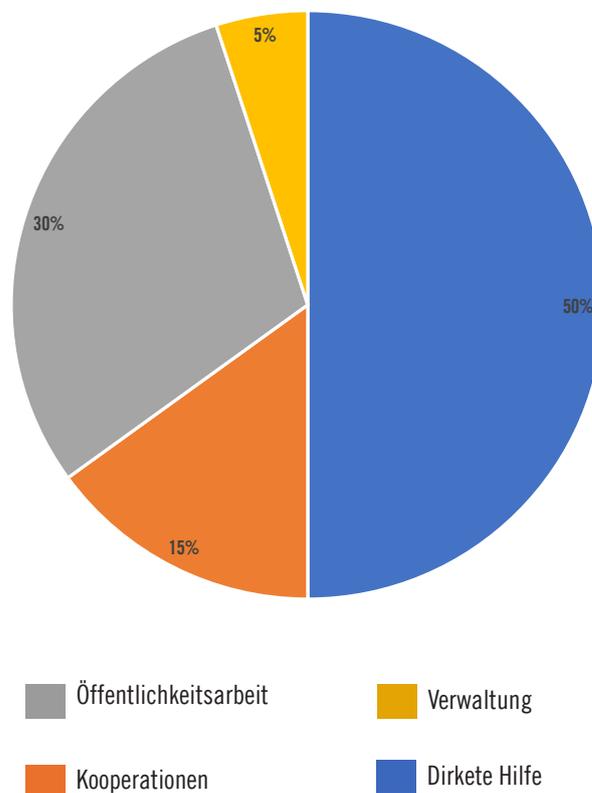
Die Mitgliedsbeiträge und Spenden sind die wichtigste Stütze der Finanzierung von Queeramnesty. Sonstige Einnahmen generieren wir durch Spendensammlungen an Veranstaltungen und 2017 durch das Jubiläumsfest.

650 MITGLIEDER

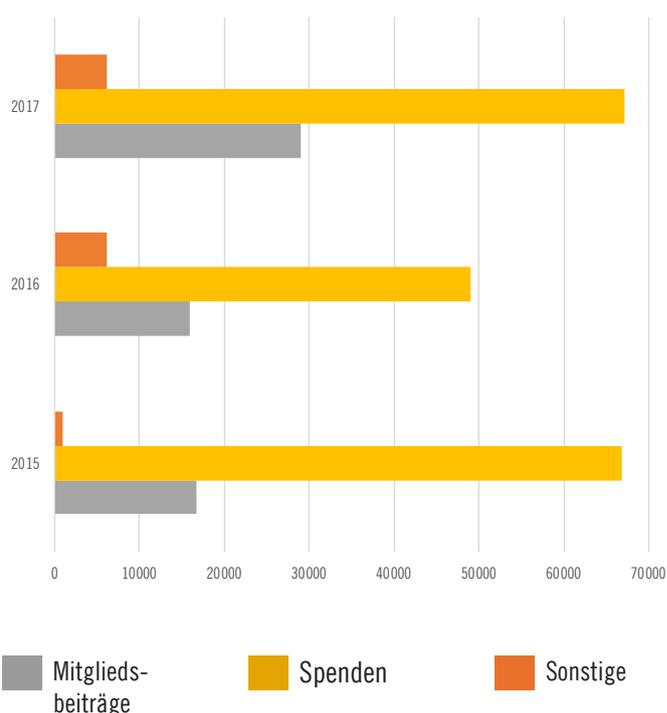
Im Jahr 2017 ist es uns gelungen, rund 130 neue Mitglieder für Queeramnesty zu gewinnen und ehemalige Mitglieder zu motivieren, uns wieder zu unterstützen!

(vt)

MITTELVERWENDUNG 2017



EINNAHMEN



AKTIVIST_INNEN STELLEN SICH VOR



TOBIAS

WAS MACHST DU NEBEN DEINER ARBEIT BEI QUEERAMNESTY?

Ich setze mich in meinem Job ebenfalls für Menschen ein. Durch meine Anstellung bei der Selbstbestimmungsorganisation EXIT begegne ich täglich Menschen in belastenden Situationen. Ich versuche ihnen in Fragen rund um das Lebensende beizustehen. Gleichzeitig studiere ich Soziale Arbeit.

WAS SIND DEINE AUFGABEN BEI QUEERAMNESTY?

Über fünf Jahre war ich in der Gruppenleitung und habe dadurch einige Projekte ins Leben gerufen, die ich auch heute noch begleite, wie zum Beispiel das Queeramnesty-Magazin. Mittlerweile trete ich jedoch etwas kürzer, unterstütze aber immer noch viele Aktionen und arbeite im Redaktionsteam mit.

WAS HAT DICH BEWOGEN MITZUMACHEN?

Grundsätzlich war ich schon immer ein Aktivist. In der Primarschule organisierte ich zusammen mit anderen aus der Klasse meine erste kleine Protestaktion. Wir wollten damit eine Schulfreundin unterstützen, die zusammen mit ihrer Familie als Flüchtling in die Schweiz gekommen war, aber einige Zeit später wieder gezwungen wurde, diese zu verlassen. Einige Jahre später wurde mir mit meinem Coming-out bewusst, dass es ein Kampf sein kann, zu seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zu stehen – und dass es nicht bei allen so gut läuft wie bei mir. Durch das Internet bin ich schliesslich auf Queeramnesty aufmerksam geworden und habe kurze Zeit später an meiner ersten Sitzung teilgenommen.

Welches war dein bisher intensivstes Erlebnis?

Mit Queeramnesty bin ich immer wieder gereist. Ich konnte unzählige mutige und inspirierende Menschen kennenlernen. Viele von ihnen riskieren sehr viel, sie lassen sich weder von Gewalt noch Repressionen einschüchtern – sie kämpfen täglich für ihre und unsere Rechte. Solche Aktivist_innen zu unterstützen, ist für mich nicht nur eine Herzensangelegenheit geworden, ich bin auch davon überzeugt, damit etwas bewegen zu können. Die Baltic Pride ist ein gutes Beispiel dafür: Als ich 2009 das erste Mal teilnahm, fand die Demonstration mit wenigen hundert Leuten in einem abgesperrten Park statt. Die Gegen demonstration war von Gewalt gezeichnet und um einiges grösser als unsere Gruppe. Heute ist die Baltic Pride eine bunte Parade mitten in der Stadt.

LOTTE

WAS MACHST DU NEBEN DEINER ARBEIT BEI QUEERAMNESTY?

Meine Leidenschaft ist das Projektmanagement. Zuletzt habe ich in der Pharmaindustrie gearbeitet, jedoch vor kurzem beschlossen, mich beruflich neu zu orientieren und wage nun den Schritt ins Media Business.

WAS SIND DEINE AUFGABEN BEI QUEERAMNESTY?

Seit Ende 2016 arbeite ich im Redaktionsteam des Queeramnesty-Magazins mit und schreibe Artikel. Ansonsten unterstütze ich das Aktionsteam hie und da, je nachdem wie es die Zeit erlaubt.

WAS HAT DICH BEWOGEN MITZUMACHEN?

Zwar bin ich selbst hetero, habe aber viele Freunde in der LGBTI*-Community und deswegen auch schon lange an Demos oder Protesten teilgenommen. Mein Entschluss mich stärker zu engagieren, fasste ich, nachdem einer meiner engsten Freunde hier in Zürich aufgrund seiner sexuellen Orientierung zusammengeschlagen worden war. Ich wollte nicht länger nur passive Unterstützerin sein, sondern mich tiefer mit Themen wie Selbstfindungsprozess, Ausschluss, Verfolgung oder Hassverbrechen aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu befassen. An der Pride 2016 habe ich Queeramnesty kennengelernt und mich entschlossen, dort aktiv mitzuhelfen. Rückblickend kommt es mir vor, als sei ich zuvor mit Scheuklappen durch die Welt gelaufen. Natürlich wusste ich zuvor von den Schwierigkeiten und der oft fehlenden Unterstützung der LGBTI*-Community. Aber erst seit ich mich intensiv mit der Thematik befasste, weiss ich, dass der Weg zwar ein schwieriger, aber kein unmöglicher ist. Deshalb will ich mich weiter für Verbesserungen einsetzen und gleichzeitig anderen die Scheuklappen abnehmen – und das aus tiefster Überzeugung.



WELCHES WAR DEIN BISHER INTENSIVSTES ERLEBNIS?

Eindeutig die Recherche für den Artikel «A Gay Life in Uganda» (7. Ausgabe des Magazins). Mit der Protagonistin Kay und ihren Freund_innen zu sprechen und ihre Geschichten zu hören, war hart. Doch zu erfahren mit welcher Energie, Mut, Zusammenhalt und Freude sie jedem einzelnen Tag, jedem Menschen und Umstand in ihrem Leben begegnen, ist einfach unglaublich und hat mich tief beeindruckt und bewegt. Wir sind immer noch in regem Kontakt, und ich bin froh um die Möglichkeit, sie auf ihrem Weg begleiten zu können. Kay hat mittlerweile ein Stipendium für die USA bekommen, und wir versuchen Geld zu sammeln für Visa und Reisekosten. (lw)

SICHERE UNTERKÜNFTEN FÜR GEFLÜCHTETE LGBTI* IN ZÜRICH



DAS ZÜRCHER STADTPARLAMENT HAT EINEM VON QUEERAMNESTY MITUNTERSTÜTZTEN POSTULAT ZUGESTIMMT.

Unter den Flüchtlingen in der Schweiz befinden sich auch queere Menschen. Sie mussten ihr Herkunftsland verlassen, weil ihre sexuelle Orientierung und/oder ihre Geschlechtsidentität dort nicht akzeptiert wird, sie deswegen an Leib und Leben gefährdet sind und verfolgt werden. Für viele dieser queeren Menschen ist der Albtraum in der Schweiz aber noch nicht vorbei. Aus Angst vor Diskriminierungen durch Landsleute oder Mitbewohner_innen sowie wegen fehlendem Vertrauen in Behörden oder Mitarbeitende der Asylunterkünfte geht das Verstecken, die Angst, die Unfreiheit weiter.

Um dies zu entschärfen, haben die Zürcher Gemeinderäte Alan David Sangines und Marco Denoth (beide SP) im Juni 2017 ein Postulat eingereicht. Es verlangt, «dass LGBTGeflüchtete in angezeigten Fällen in separaten Asylunterkünften untergebracht werden können». Queeramnesty hatte sich an der Meinungsbildung im Stadtparlament beteiligt und alle Gemeinderät_innen per E-Mail um Unterstützung des Postulats gebeten. Am 22. November war es dann soweit: Der Gemeinderat hat das Postulat in der Schlussabstimmung mit 67 gegen 20 Stimmen (bei 31 Enthaltungen) angenommen. Die Ja-Stimmen kamen von SP, AL, Grünen und CVP, dagegen wandte sich die SVP, die Enthaltungen gehen auf die Konten von FDP und GLP. Da die Stadt selber keine Asylunterkünfte betreibt, lautet der Auftrag aus dem Postulat an den Stadtrat, bei der AOZ, die in Zürich für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden zuständig ist, entsprechend Einfluss zu nehmen. Bis im November dieses Jahres hat der Stadtrat Zeit für die Umsetzung.

Gemäss Alan David Sangines geht es nicht darum, riesige Zentren mit Dutzenden von Plätzen zu schaffen, «sondern separate, diskrete Unterkünfte wie etwa Wohngemeinschaften». Dies wäre ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit und persönlicher Freiheit für geflüchtete LGBTI*, da sie somit ein Zuhause hätten, an dem sie sich selbst sein können. «Mit Personen zusammenwohnen zu müssen, die einen mobben oder beschimpfen, [...] möchten wir niemandem zumuten. Besonders nicht Menschen, die sich bereits ihr ganzes Leben verstellen und Angst haben mussten.» sagte Sangines bei der Diskussion im Parlament. Ebenso

wenig geht es um eine Separation oder eine «Ghettoisierung». Die Unterbringung in einer separaten Unterkunft wird für die betreffende Person freiwillig sein.

Thomas Kunz, Direktor der AOZ, weist auf Nachfrage von Queeramnesty darauf hin, dass geflüchtete Menschen in der Stadt Zürich nicht in grossen Asylunterkünften leben, sondern bereits heute individuell und selbständig in normalen Wohnungen. Eine allfällige Betreuung, Unterstützung und Beratung wird durch entsprechende Sozialhilfestellen zur Verfügung gestellt, es gibt kein betreutes und kollektives Wohnen. Die AOZ ist denn auch der Meinung, dass separate, betreute Unterkünfte für LGBTI* «bezüglich Rückzugsmöglichkeit, Intimsphäre und Selbständigkeit wohl ein Rückschritt» wären, betont jedoch, dass im Einzelfall bereits heute stets eine für die betreffende Person gute Wohnlösung gefunden werden könne. Diesbezüglich sieht die AOZ die den geflüchteten LGBTI* in der Verantwortung, auf die für sie zuständige Person (z.B. Sozialarbeiter_in) zuzugehen und sich zu outen, da nur so eine allenfalls gewünschte andere Wohnform gefunden werden könne. Ausserdem will die AOZ noch dieses Jahr mit LGBTI*-Organisationen den konkreten Handlungsbedarf zur Umsetzung des Postulats eruieren.

Marco Denoth ist einverstanden damit, dass betroffene oder interessierte Personen sich selber melden müssten. Zudem erwartet er jedoch, dass entsprechende Informationen in den Asylunterkünften und bei lokalen Asyl- und LGBTI*-Organisationen zugänglich gemacht werden. «Weiter muss das Personal die Augen offenhalten und direkt auf Betroffene zugehen, falls es einen Verdacht auf Diskriminierung entdeckt.» Dies werde laut Thomas Kunz bereits heute gemacht. Zwar fordert das Postulat weder Schulungen und Weiterbildungen zum Thema LGBTI* für AOZ-Mitarbeitende noch entsprechende Informationen und Kurse für geflüchtete Menschen. Dennoch würden solche Massnahmen bei der Umsetzung helfen und kämen geflüchteten LGBTI* zugute. Laut AOZ ist dies aber nicht vorgesehen. (tk)

Anmerkung zur Begrifflichkeit: Das Postulat spricht nur von LGBT, im Text verwenden wir aber, wie auch sonst in unseren Texten, LGBTI*, in der Hoffnung, die geplante Umsetzung werde auch intersexuelle und andere queere Menschen berücksichtigen.

LGBTI* - EREIGNISSE

GOOD NEWS

AKTIONSMONAT GEGEN HOMO- UND TRANSPHOBIE

Unter dem Motto «like everyone» setzt die Stadt Zürich im März 2018 ein Zeichen gegen Homo- und Transphobie. Die Fachstelle für Gleichstellung hat gemeinsam mit der Offenen Jugendarbeit Zürich (OJA) und der Beratungs- und Fachstelle «du-bist-du» eine Kampagne lanciert, durch welche die Öffentlichkeit und vor allem Jugendliche für LGBTI*-Themen sensibilisiert werden sollen.

DAS DRITTE GESCHLECHT FÜR DEUTSCHLAND

Per Ende 2018 wird es in Deutschland offiziell drei Geschlechter geben – oder keines. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass künftig Einträge ausserhalb des binären Geschlechters möglich sein müssen. Neu sollen sich Menschen, welche mit Geschlechtsmerkmalen geboren wurden, die nicht eindeutig dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zugewiesen werden können, mit einer dritten Option eintragen lassen können.

JAPAN SETZT SICH EIN FÜR LGBTI*

Die Stadtregierung von Fukuoka erkennt ab 2018 gleichgeschlechtliche Partnerschaften an. Damit ist sie die zweite grössere Stadt in Japan, die sich für queere Bedürfnisse öffnet. Immer mehr japanische Gemeinden, Firmen und Krankenhäuser anerkennen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, so dass eine gegenseitige Begünstigung bei Lebensversicherungen und der Status als entscheidungsberechtigtes Familienmitglied bei medizinischen Fragen ermöglicht werden.

INDISCHER PRINZ KÄMPFT FÜR MEHR OFFENHEIT

Der 52-jährige Prinz Manvendra Singh Gohil wurde nach seinem Coming-out vor 10 Jahren von seiner Familie öffentlich enterbt. Homosexualität ist in Indien nach wie vor ein Tabu, gleichgeschlechtlicher Sex strafbar. Nun hat er sich vor Gericht einen Palast erkämpft, den er für Schwule und Lesben öffnen möchte. Prinz Manvendra will ein Zeichen setzen: Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verstossen wurden, sollen hier ein neues Zuhause und Unterstützung finden.

BAD NEWS

300 HOMO-, TRANS- UND INTERPHOBE STRAFTATEN IN DEUTSCHLAND

Im vergangenen Jahr registrierte die deutsche Kriminalpolizei 300 Straftaten, die dem Unterthema «sexuelle Orientierung» zugeordnet wurden, eigentlich aber auch Geschlechtsidentität und -merkmale betreffen. Dies bedeutet, dass in Deutschland 2017 beinahe täglich eine Straftat erfasst wurde, welche sich «gegen Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle» richtete.

GESTÜRMT VORFÜHRUNG IN BUKAREST

Die Vorführung des Films «120 BPM» von Robin Campillo wurde in der rumänischen Hauptstadt von einer Gruppe homophober Störer unterbrochen. Das Filmdrama zeigt eine Aktivist_innengruppe, die sich gegen die Verbreitung von Aids einsetzt. Die störende Gruppierung bezichtigte den Film der Homo-Propaganda und verhinderte die Vorführung.

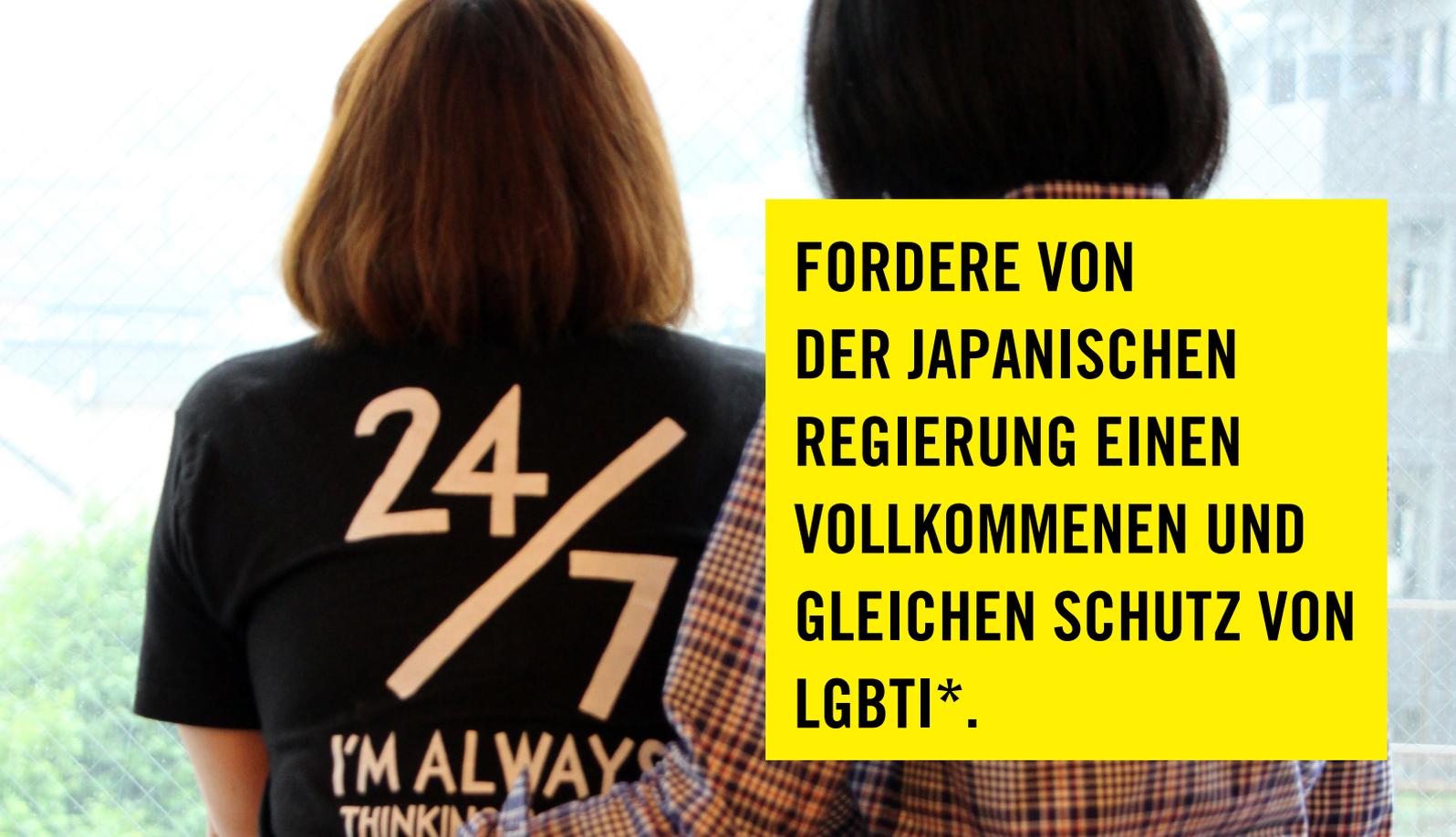
UNGENÜGENDER SCHUTZ FÜR LGBTI* IN POLEN

Eine aktuelle Untersuchung der «Kampagne gegen Homophobie» (KPH) zeigt auf, dass queere Menschen in Polen noch immer ungenügend geschützt werden. So gibt es beispielsweise noch immer keine Anerkennung als Minderheit für LGBTI*-Personen, was dazu führt, dass bei Übergriffen und Diskriminierungen im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder -merkmale keine hohen Strafen drohen.

WC-STREIT IN DEN USA

Der frühere Präsident Barack Obama wies im Jahr 2016 alle öffentlichen Schulen an, dass Trans*-Schüler_innen diejenige Toilette nutzen dürfen, die ihrer inneren Identität entspricht. Donald Trump hat diese Anweisung kurz nach seinem Amtsantritt zurückgezogen. Nun vermeldet das Erziehungsministerium der USA, dass es sich künftig nicht mehr mit den Beschwerden von Trans*-Schüler_innen befasst, die sich bei der Toilettennutzung diskriminiert fühlen: Es sei keine Benachteiligung, wenn die Toilette benutzt werden müsse, die dem angeborenen, äusseren Geschlecht entspreche. (mm)





**FORDERE VON
DER JAPANISCHEN
REGIERUNG EINEN
VOLLKOMMENEN UND
GLEICHEN SCHUTZ VON
LGBTI*.**

PETITION: JAPAN

MEHR RECHTE UND GLEICHEN SCHUTZ FÜR LGBTI*

ES IST ZEIT FÜR DIE JAPANISCHE REGIERUNG, EIN UMFASSENDES ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ ZUM SCHUTZ VON LGBTI* EINZUFÜHREN.

Homosexuelle Handlungen werden in Japan nicht kriminalisiert. Dennoch erleben LGBTI*-Menschen Diskriminierung im Arbeitsleben, im Bildungssystem, im Zugang zu Gesundheitsdiensten, im Familienleben und in anderen Einrichtungen wie Haftanstalten. Ausserdem äussern sich einige Politiker_innen und Regierungsvertreter_innen kontinuierlich explizit homophob, was die Diskriminierung von LGBTI* weiter befördert. Viele können ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität weder am Arbeitsplatz noch in ihren Familien oder in ihrem sozialen Umfeld preisgeben, was oft zu einem Gefühl der sozialen und emotionalen Verdrängung führt.

Japan ist Gastgeber der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2020, hat jedoch noch keine ausreichenden Massnahmen ergriffen, um gegen Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung vorzugehen, wie das in der Olympischen Charta verankert ist.

LGBTI*-Menschen in Japan haben lange genug gewartet, um in ihrem Land gleichwertig behandelt zu werden. Jetzt ist es Zeit für die japanische Regierung, auf nationaler Ebene gleichen Schutz gegen Diskriminierung in allen Bereichen zu gewährleisten, einschliesslich der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität.

Wir fordern:

- eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung einzuführen, um gleichen Schutz gegen Diskriminierung in allen Bereichen und aus allen Gründen zu gewährleisten, einschliesslich der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität
- landesweit gleichgeschlechtliche Ehen anzuerkennen, auf derselben Grundlage und mit denselben Rechten wie Ehen von andersgeschlechtlichen Paaren.

**UNTERSTÜTZE UNSERE
PETITION ONLINE:**

QAI.CH/JAPAN